

# FREIE PRIVATSTÄDTE

TITUS GEBEL

Mehr Wettbewerb im  
wichtigsten Markt der Welt



# **FREIE PRIVATSTÄDTE**

Mehr Wettbewerb im  
wichtigsten Markt der Welt

**TITUS GEBEL**

Aquila Urbis Verlag Walldorf

© 2018 Aquila Urbis

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck nur mit ausdrücklicher  
Genehmigung.

Umschlagbild Aleksandar Pasanic

Layout, Satz Werbeagenten Heidelberg

*Und vielleicht wird ein neues Jahrhundert kommen, eines, in dem Intellektuelle und die Bildungsschicht darüber nachdenken werden, wie man Utopien verhindern und zu einer nicht-utopischen Gesellschaft zurückkehren kann, weniger perfekt und dafür freier.*

*Nikolai Berdjajew, Philosoph*

*Eines Tages wird eine experimentelle Gemeinschaft entstehen, die viel besser funktioniert als die Gesellschaft, in der wir leben. Von da an haben wir eine praktikable Alternative.*

*Carl Sagan, Astrophysiker*

*Gehe dorthin, wo Du am besten behandelt wirst.*

*Christoph Heuermann, Dauerweltreisender*

## INHALT

### TEIL I. GRUNDLAGEN

#### 1 ZUSAMMENLEBEN ALS MARKT

#### 2 DAS RECHT AUF EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN

#### 3 DREI NEUE LÄNDER – BEREIT FÜR DIVERSITÄT?

#### 4 GRUNDFRAGEN MENSCHLICHEN ZUSAMMENLEBENS

##### I. WAS TREIBT UNS AN?

##### II. WIE KANN MACHT BEGRENZT WERDEN?

##### III. WIE ENTSTEHT WOHLSTAND?

##### IV. WELCHE ROLLE SPIELT DIE RELIGION?

##### V. SIND GRENZEN SINNVOLL?

##### VI. WAS HÄLT GEMEINWESEN ZUSAMMEN?

#### 5 SCHLUSSFOLGERUNGEN

### TEIL II. KONZEPT

#### 6 DIE FREIE PRIVATSTADT ALS ALTERNATIVE ORDNUNG

#### 7 VORTEILE

#### 8 EINWÄNDE

#### 9 STADTLUFT MACHT FREI – ALTE UND NEUE VORBILDER

#### 10 PRÄZEDENZFÄLLE PRIVATER REGULIERUNG

#### 11 SONDERZONEN UND ANDERE VARIANTEN

### TEIL III. UMSETZUNG

#### 12 ETABLIERUNG UND VERHÄLTNIS ZUM GASTGEBERSTAAT

#### 13 RECHTSSYSTEM

#### 14 ORDRE PUBLIC

#### 15 BÜRGERVERTRAG STATT VERFASSUNG

#### 16 GEMEINSCHAFTSEIGENTUM UND MITBESTIMMUNG

#### 17 INNERE UND ÄUSSERE SICHERHEIT

#### 18 EINWANDERUNG UND AUSWAHL

#### 19 INFRASTRUKTUR UND DIENSTLEISTUNGSANGEBOT

#### 20 WIRTSCHAFTLICHE AKTIVITÄT

#### 21 SOZIALE ABSICHERUNG

#### 22 BILDUNG UND ERZIEHUNG

#### 23 UMWELTSCHUTZ UND EXTERNALITÄTEN

[24 BUDGET- UND WÄHRUNGSFRAGEN](#)  
[TEIL IV. ZUKUNFT](#)  
[25 EVOLUTION STATT REVOLUTION](#)  
[26 SIE HABEN DIE WAHL](#)  
[27 WEITERENTWICKLUNG FREIER PRIVATSTÄDTE](#)  
[ANHANG](#)  
[DANKSAGUNG](#)  
[ÜBER DEN AUTOR](#)  
[IST EINE FREIE PRIVATSTADT ETWAS FÜR MICH?](#)  
[FREIE PRIVATSTADT IM DIREKTEN VERGLEICH](#)  
[LITERATURVERZEICHNIS](#)  
[ANMERKUNGEN](#)

# TEIL I.

## GRUNDLAGEN

### KAPITEL 1

### ZUSAMMENLEBEN ALS MARKT

*Gefährlich ist's, den Leu zu wecken, verderblich ist des Tigers Zahn, jedoch der schrecklichste der Schrecken, das ist der Mensch in seinem Wahn.*

*Friedrich Schiller, Dichter und Denker*

Dieses Buch handelt davon, warum wir im wichtigsten Bereich unseres Lebens Alternativen benötigen und wie sie aussehen könnten. Dieser Bereich ist das Zusammenleben mit anderen. Denn seit langer Zeit schon sind unsere ärgsten Feinde nicht mehr Naturereignisse oder Raubtiere, sondern ausschließlich andere Menschen. Die entscheidende Frage ist daher, wie wir die Gemeinschaft mit unseren Mitmenschen gestalten. Menschen sind in der Lage, sich auf bestimmte Weltanschauungen zu verständigen und für diese sogar ihr Leben zu opfern. Handelt es sich dabei um fragwürdige oder gefährliche Ideen, haben alle anderen ein Problem. Das einzig *wirkliche* Menschheitsproblem ist mithin, dass Menschen anderen Menschen ihren Willen aufzwingen möchten. Die Aufgabe ist daher, eine Ordnung zu schaffen, die das verhindert.

Die vorherrschende Meinung im Westen geht davon aus, dass die Kombination von Demokratie und Rechtsstaat bereits eine ausreichend gute Methode sei, um Machtmissbrauch zu unterbinden und ein gedeihliches Zusammenleben zu ermöglichen. Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks wurde gar

prognostiziert, das Ende der Geschichte sei eingetreten. <sup>1</sup> Liberale, rechtsstaatliche Demokratien <sup>2</sup> seien die Quintessenz der Entwicklung, ein weiterer Fortschritt nicht mehr möglich und letztlich würden weltweit alle Systeme darauf hinauslaufen. Das ist allerdings ein Irrtum, unter anderem deshalb, weil auch unsere freiheitlich-demokratischen Verfassungen etwas sind, das nach dem Zivilrecht aller Staaten unzulässig wäre: nämlich Verträge zu Lasten Dritter. Wir kommen darauf noch zurück.

Auch unser Zusammenleben ist ein Markt, denn es unterliegt dessen Gesetzmäßigkeiten, ob wir das nun gut finden oder nicht. Ein Markt entsteht immer dort, wo Menschen aufeinander treffen, die noch nicht wunschlos glücklich sind. Jeder Markt ist gekennzeichnet durch das Zusammenführen von [Angebot](#) und [Nachfrage](#) an Waren, Dienstleistungen und Rechten. Selbst wenn Wähler mehrheitlich ein anti-marktwirtschaftliches System bevorzugen und Politiker dies in der Folge umsetzen, ist das ein Marktergebnis. <sup>3</sup>

Auch Staaten existieren, weil eine Nachfrage nach ihnen besteht. Eine staatliche Ordnung schafft einen Rahmen, in dem der Mensch sozial interagieren und friedlich Leistungen und Güter tauschen kann. Das Bestehen von Sicherheit und festen Regeln macht es möglich, dass Menschen in sehr großer Zahl miteinander auskommen können. Ein derartiges Zusammenleben ist so attraktiv, dass dafür auch erhebliche Freiheitseinschränkungen hingenommen werden. Vermutlich ziehen selbst die meisten Bewohner diktatorischer Systeme das Verbleiben im Land dem freien Robinson-Dasein auf einer einsamen Insel vor. Der Mensch ist nun mal ein Herdentier.

Der Markt des Zusammenlebens ist nicht nur der wichtigste, sondern auch der größte aller Märkte. Staatliche Aktivitäten machen etwa 30 % des weltweiten Bruttoinlandsproduktes aus. <sup>4</sup> Die Performance ist gleichwohl dürftig. Das bilanziell größte „Unternehmen“ auf diesem Markt, die Vereinigten Staaten von Amerika, macht pro Jahr Verluste in Höhe von etwa 800 Milliarden US-Dollar. <sup>5</sup> Manche Marktteilnehmer, etwa Schweden und Deutschland, ziehen bewusst unqualifizierte, alimentierungsbedürftige Neukunden an und vertreiben dadurch ihre zahlungsstarke Stammkundschaft. Einige Wettbewerber, etwa Iran oder Nordkorea, töten gar ihre eigenen Kunden für Verhaltensweisen, die anderswo nicht einmal als strafwürdig gelten. <sup>6</sup>

Jeder einigermaßen befähigte Unternehmer sollte das besser hinbekommen.

Wenn man nun die Leistungen des Staates bieten und gleichzeitig dessen Nachteile vermeiden könnte - nämlich immer mehr Besteuerung und Bevormundung bei beständiger Änderung der Spielregeln - dann hätte man ein besseres Produkt geschaffen. Hat das System Erfolg, werden mehr Menschen Vergleichbares wollen. Dafür benötigt man freilich neue Konzepte. Wird dagegen jeder Neuansatz von vornherein als utopisch abgelehnt, ist Stagnation die wahrscheinliche Folge. Die Crux bisheriger Staatsutopien besteht darin, dass eine freiwillige Teilnahme an ihnen nie vorgesehen war. Fast alle diesbezüglichen Überlegungen sind im Grunde totalitär, angefangen bei *Platon* mit seinen Philosophenkönigen über die Diktatur des Proletariats bei *Marx* bis hin zur aktuellen Idee einer *Großen Transformation*.<sup>7</sup> Eine erleuchtete Minderheit will ihre Sicht der Dinge durchsetzen, unabhängig davon, ob alle anderen das gut finden oder nicht. Wird diese Minderheit durch eine demokratische Mehrheit ersetzt, ändert sich nur die Zahl der gegen ihren Willen bevormundeten Menschen, nicht das Prinzip.

Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren findet zwischen staatlichen Ordnungen dagegen kaum statt. Im Gegenteil werden von staatlicher Seite kartellartig internationale Vereinbarungen forciert, um einen Steuer- oder Systemwettbewerb möglichst auszuschließen. Das kommunistische Modell ist zwar seit dem Zerfall der Sowjetunion im Markt des Zusammenlebens praktisch nicht mehr vertreten, aber auch dieser Prozess hat über siebzig Jahre gedauert. Und hier liegt ein weiteres Problem: Es besteht in diesem Marktsegment nur die Möglichkeit, durch Übernahme der Regierung, Revolution oder Sezession ein neues „Produkt“ einzuführen. Dadurch ist es extrem schwierig, in den Markt überhaupt einzudringen. Erkenntnisgewinne über die Eignung von Staatsformen dauern Generationen, sind zu Lebzeiten der Betroffenen oft überhaupt nicht feststellbar. Auch in demokratischen Staaten fehlt durchgehend ein Ventil für Minderheiten, um Gegenmodelle zu installieren, welche sich später möglicherweise als überlegen herausstellen. *Patri Friedman*, der Gründer des Seasteading-Instituts<sup>8</sup>, war einer der ersten, der das erkannte:

*Die Staatsindustrie kann Innovationen gut gebrauchen. Denn jede Form von Herrschaft wird über kurz oder lang starr. Die Organisation saturierter*

*Zivilisationen verkrustet im Laufe der Zeit, der Staat baut Leistungsfähigkeiten ab und schraubt im Gegenzug die Preise hoch. Das gilt auch und gerade für westliche Demokratien.<sup>2</sup>*

Für viele ist das eine völlig ungewohnte Sichtweise. Die Idee, dass Staat und Markt zwei getrennte Sphären sind, und dass es normal ist, wenn ein Führer oder eine Versammlung weiser Menschen für uns entscheidet, scheint uns in Fleisch und Blut übergegangen zu sein. So sehr, dass wir Selbstbestimmung als Alternative nicht einmal in Erwägung ziehen. Dazu ein Gedankenexperiment:

*Nehmen wir an, wir hätten eine neue Marmeladensorte geschaffen. Wir könnten uns nun mit anderen streiten, welche Marmelade die beste ist, könnten Bürgerinitiativen, Vereine und Parteien gründen, die unsere Sorte bewerben. Wir würden versuchen, Medien, Künstler, Intellektuelle und mächtige Interessengruppen auf unsere Seite zu ziehen. Würden Gutachten und Umfragen in Auftrag geben, welche die Überlegenheit unserer Marmelade über andere Sorten belegen. Kurz gesagt, wir würden Marmeladenpolitik betreiben. So etwas wäre lächerlich, nicht wahr? Soll doch jeder die Marmelade kaufen, die ihm schmeckt! Dann wird sich schon zeigen, ob unsere Sorte Erfolg hat.*

Auf die Idee, diesen Ansatz auf unser Zusammenleben zu übertragen, sind wir aber noch nicht gekommen. Hier kämpfen wir nach wie vor leidenschaftlich darum, welches die „richtige“ oder „gerechte“ Art des Miteinanders ist. Warum akzeptieren wir nicht einfach, dass wir Menschen verschieden sind, und dass das, was A gefällt, B noch lange nicht zusagen muss?

Wir erhalten nicht bessere Mobiltelefone, weil wir als Aktionäre auf der Hauptversammlung mitbestimmen können, sondern weil jeder Einzelne das von ihm gewünschte Produkt kaufen kann und schlechtere Mobiltelefone irgendwann nicht mehr nachgefragt werden. Weil das alle anderen auch so machen, gibt es heute hervorragende und preisgünstige Geräte. Selbst arme Menschen in Entwicklungsländern können sich inzwischen Mobiltelefone mit umfangreichen technischen Fähigkeiten leisten. Das funktioniert deshalb so gut, weil die Lösungsfindung auf dem Markt ein evolutionärer Prozess ist, der durch Mutation (Versuch und Irrtum), Selektion (Profitabilität oder Pleite) und Reproduktion (Nachahmung erfolgreicher Lösungen) stattfindet.

Diesen bewährten Mechanismus müssen wir nun auf die Systeme

unseres Zusammenlebens übertragen. Wenn jeder jeden Tag mit seinen Kaufentscheidungen darüber mitbestimmen kann, welche Produkte weiter bestehen und welche nicht, ist das nicht viel eher eine Demokratie im Sinne einer *Herrschaft aller*? Jedenfalls verglichen mit dem Abgeben der Stimme aller paar Jahre für Politiker, deren Absichten man nicht genau kennt und deren Umsetzung ungewiss ist.

Die Sichtweise einer Gesellschaftsordnung als „Produkt“ und der friedliche Wettbewerb der Systeme um Bürger als „Kunden“ ermöglicht eine erhebliche Entschärfung bisheriger politischer Konflikte. Gibt es erst einmal ausreichend Alternativen, sind sowohl Ordnungen, die auf Abstammung und Gemeinschaftsgefühl beruhen, wie solche, die Privateigentum ablehnen, nur noch technische Produkte unter vielen. Das gilt selbst dann, wenn deren Veranstalter diese Betrachtungsweise vehement ablehnen. Solange Neuversuche auf begrenztem Territorium und mit Freiwilligen stattfinden, ist der Schaden bei einem Scheitern zudem überschaubar und aufgrund der informierten Freiwilligkeit der Teilnehmer auch akzeptabel.

Die Schaffung neuer Systeme des Zusammenlebens im 21. Jahrhundert ist nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich. *Stefan Zweig* erkannte bereits 1936, dass die Mehrheit niemals den „Geduldigen und Gerechten“ die Lenkung des Staates anvertrauen werde, sondern immer irgendwelchen Blendern, die große Schicksalsfragen konstruieren und darauf die Antworten wissen.<sup>10</sup> Das ist nun schon so häufig in der Menschheitsgeschichte passiert, dass es doch relativ nahe liegt, wenn die „Geduldigen und Gerechten“ jetzt einmal anfangen, ihre eigenen Gemeinwesen zu gründen. Die Chancen dafür stehen nicht schlecht. Denn die Menschen sind mobiler geworden. Die Heimat der Zukunft wird daher für viele Wahlheimat sein. Technologischer Fortschritt gibt darüber hinaus auch einzelnen und kleinen Gruppen erhebliche Gestaltungsmöglichkeiten an die Hand. Gleichzeitig ist der Trend zur Urbanisierung ungebrochen.<sup>11</sup> Die Mehrheit möchte lieber in Städten leben als auf dem Land, auch das ist ein Marktresultat und als solches zu akzeptieren. Insofern stellt sich vor allem die Frage, wie die Städte der Zukunft aussehen, denn diese sind der Kulminationspunkt künftiger Gemeinwesen. Eine Antwort darauf sind Freie Privatstädte.

Im ersten Teil dieses Buches werden grundsätzliche Fragestellungen behandelt, denen sich jede Gesellschaftsordnung stellen muss. Daraus



leitet sich das im zweiten Teil beschriebene Konzept Freier Privatstädte ab; weiter werden historische und aktuelle Vorbilder betrachtet. Der dritte Teil bespricht konkrete Umsetzungsfragen bei der Errichtung Freier Privatstädte. Schließlich wird im vierten Teil ein Ausblick auf künftige Entwicklungen gegeben.

## KAPITEL 2

# DAS RECHT AUF EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN

*Niemand ist gut genug, einen anderen ohne dessen Zustimmung zu regieren.*

*Abraham Lincoln, Präsident, der es trotzdem tat*

Im Jahr 1957 beschloss die Regierung Adenauer mit ihrer Bundestagsmehrheit gegen den Rat zahlreicher Experten die Einführung einer umlagefinanzierten Rentenversicherung. Die Teilnahme an dieser ist für die allermeisten Beschäftigten zwingend. Das Rentenniveau ist seither von angepeilten 60 % des letzten Durchschnittslohns auf 48 % abgesunken, trotz Verlängerung der Lebensarbeitszeit.<sup>12</sup>

Im Jahre 1999 beschloss die Regierung Kohl mit ihrer Bundestagsmehrheit gegen den Rat zahlreicher Experten die Einführung des Euro als Gemeinschaftswährung in Deutschland. Die arbeitende Bevölkerung, deren Produktivität die Deutsche Mark zu einer relativ stabilen Währung mit entsprechender Kaufkraft gemacht hatte, wurde nicht gefragt. Alle Euro-Stabilitätsregeln wurden seither gebrochen.<sup>13</sup> Faktisch werden heute von Deutschland die hochverschuldeten Euro-Südländer mitfinanziert, die entsprechenden Kreditforderungen (u. a. Target-2-Salden) dürften uneinbringlich sein.<sup>14</sup>

Die Regierung Schröder beschloss 2001 mit ihrer Bundestagsmehrheit den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zur Stabilisierung eines islamischen Regimes, das unter anderem den Übertritt zum Christentum mit dem Tode bestraft.<sup>15</sup> Dieser Einsatz kostete bisher 54 deutschen Soldaten das Leben<sup>16</sup> und verursachte dem Steuerzahler Kosten von fast 10 Milliarden Euro.<sup>17</sup>

Im Juni 2011 verkündete die Regierung Merkel entgegen kurz zuvor getroffener vertraglicher Vereinbarungen den Ausstieg aus der Atomenergie. Als Folge davon sind nicht nur die Energiepreise stark gestiegen, sondern die Bundesländer und damit letztlich die Steuerzahler sehen sich milliardenschweren Schadensersatzforderungen der Energiekonzerne ausgesetzt.<sup>18</sup>

Im September 2015 verfügte die Regierung Merkel die Öffnung der Landesgrenzen, so dass in der Folge Massen von überwiegend unqualifizierten jungen Männern aus Entwicklungsländern nach Deutschland kamen. Die Regierung selbst schätzt die dafür erforderlichen

Kosten, insbesondere der sozialstaatlichen Alimentation dieser Menschen, auf 100 Milliarden Euro allein für die nächsten fünf Jahre, nach anderen Schätzungen betragen die Kosten das Doppelte.<sup>19</sup> Die Sicherheitslage in Deutschland hat sich seither erheblich verschärft. Öffentliche Feste in deutschen Großstädten können oft nur noch unter aufwendigen Sicherheitsvorkehrungen abgehalten werden, insbesondere die Zahl der Gewaltdelikte ist stark gestiegen.<sup>20</sup>

Es wäre ein Leichtes, diese Liste weiter zu verlängern oder in anderen Staaten vergleichbare Sachverhalte zu finden. Was aber ist allen diesen Vorgängen gemein?

- *Erstens hat eine kleine Minderheit aufgrund ihrer eigenen Einschätzungen und Präferenzen Entscheidungen getroffen, die sämtliche Menschen in ihrem Herrschaftsbereich betreffen.*

- *Zweitens hat diese Minderheit keinerlei wirtschaftliche Nachteile zu befürchten, wenn ihre Entscheidungen finanziellen oder anderweitigen Schaden verursachen.*

- *Drittens ist die Hauptlast zur Umsetzung der Entscheidungen von denjenigen zu tragen, die nicht mitentscheiden durften.*

Dieser Grundmechanismus wird auch nicht dadurch beeinträchtigt, dass Parlamentszustimmungen erforderlich sind oder weitere Gremien einbezogen werden.

Die aufgezeigten Beispiele stellen indes nur einen kleinen Ausschnitt da. Das Problem erstreckt sich praktisch über alle Lebensbereiche. Von Geburt bis zum Tod werden Regeln aufgestellt, ohne dass es eine Rolle spielt, ob die Betroffenen eine solche Wahl auch treffen würden, wenn sie selbst entscheiden dürften. Im Prinzip ist das ganze System darauf aufgebaut, dass A entscheidet, was B und C zu tun und was sie an D (und A) zu zahlen haben.

In anderen Lebensbereichen kann der Mensch aber durchaus für sich selbst entscheiden. Etwa was er isst, welche Kleidung, welches Auto, welche Freunde und welchen Ehepartner er wählt. Er entscheidet, welche Reisen er unternimmt, welche Finanzanlagen er tätigt, welche Versicherungen er abschließt, in welcher Farbe er seine Wohnung streicht. Er wählt aus, für welche Zwecke er spendet, welche Hobbys er ausübt und welche elektronischen Geräte er sich anschafft. Er bestimmt, welche Meinung er hat und welche Vereine

und Initiativen er unterstützt, wo er arbeitet und in welchem Beruf, ob er Kinder haben möchte oder nicht. Offensichtlich ist der Mensch in der Lage, diese Entscheidungen eigenverantwortlich zu treffen. Warum soll er dann nicht auch in anderen Bereichen selbst bestimmen? Etwa wie er seine Altersvorsorge gestaltet, welche Zahlungsmittel er bevorzugt, welche politischen Anliegen er unterstützt, aus welchen Energiequellen er seinen Strom bezieht, mit wem er zusammenleben und wen er alimentieren möchte. Zur Verdeutlichung:

*Stellen Sie sich vor, Sie leben in einer Automobildemokratie. In einer Automobildemokratie hat jeder das Recht, aber auch die Pflicht, ein Auto zu kaufen. Wie dieses Auto aussieht, wie es motorisiert ist, welche Innenausstattung und welche Farbe es hat, entscheidet die demokratisch gewählte Autoregierung. Diese bestimmt auch, welchen Preis Sie dafür bezahlen müssen. Beides gefällt häufig nicht. Dann wird eine andere Regierung gewählt, die andere Vorlieben hat, die sie den Autokäufern aufzwingt. Es gibt ein ständiges Hauen und Stechen darum, wie dieses Einheitsauto beschaffen ist; zahllose Hersteller und Zulieferer unterhalten Lobbyisten am Regierungssitz, damit ihre Produkte in das Automodell der jeweiligen Regierung eingebaut werden. Verschiedene Interessengruppen, die unterschiedliche Antriebsarten bevorzugen, versuchen ebenfalls, auf Parlament und Regierung Einfluss zu nehmen. Unzählige autopolitische Gruppierungen machen geltend, dass sie den vollen Preis nicht bezahlen können und versuchen daher Ermäßigungen herauszuschlagen. Vor einigen Jahren wurde ein zweites Autotyp eingeführt, der einfacher ausgestattet und billiger ist. Viele Intellektuelle kritisieren, dass dadurch eine Zwei-Klassen-Gesellschaft entstanden sei. In einem sind sich aber alle einig: das System mag zwar Unzulänglichkeiten haben, aber ein besseres gibt es nicht. Denn was wäre die Alternative? Doch nur ein Autodiktator oder Autokönig, der nicht demokratisch gewählt ist und bestimmt, welchen Autotyp es zu welchem Preis für alle geben muss. Das hatte man früher, und zu diesen Zeiten will niemand zurück. Die Idee, dass die Menschen unter zahllosen verschiedenen Angeboten und Herstellern das Auto heraussuchen können, das ihnen am besten gefällt, mit der Ausstattung, die ihnen am ehesten zusagt, ist für die Bürger der Automobildemokratie völlig undenkbar. Dieser Gedanke ist so bizarr, dass er in der Öffentlichkeit nicht einmal diskutiert wird.*

Tatsächlich leben wir in einem solchen System. Man ersetze einfach das Wort Automobil durch „staatliche Leistungen und Aktivitäten“. Steuerzahler müssen Subventionen für unwirtschaftliche Technologien finanzieren, staatliche Fernsehsender und militärische Auslandseinsätze, Lehrstühle für Gender-Studien und Theologie, selbst wenn sie all dies ablehnen. Die Bürger werden weiter gezwungen, Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungen abzuschließen, egal ob sie das wollen oder nicht. Sie dürfen keine Glühbirnen, leistungsstarken Staubsauger, Plastiktüten oder Zigaretten ohne Warnhinweise erwerben. Und die Verbots- und Gebotsliste wird jedes Jahr länger. Mit anderen Worten: Die Bürger sind keine Kunden, sondern Untertanen. Wieso ist das so und wieso finden die meisten nichts dabei?

### EIN NEUES KONZEPT DER SOUVERÄNITÄT

Das liegt daran, dass wir immer noch einem Staats- und Souveränitätskonzept anhängen, das aus einer Zeit der absoluten Herrschaft stammt. Der Begriff der Souveränität wird im innerstaatlichen Bereich verwendet, um die oberste Kompetenz zur Machtausübung im Staat zu bezeichnen.<sup>21</sup> Nach der ursprünglichen Konzeption steht diese Souveränität dem Monarchen zu.<sup>22</sup> In demokratischen Staaten hat sich diese nach offizieller Lesart auf das Volk verlagert, wobei sich die Volkssouveränität meist in der einmaligen Verabschiedung einer Verfassung<sup>23</sup> sowie der Teilnahme an Wahlen und gelegentlichen Abstimmungen erschöpft. Während die Welt von gestern monarchische Souveräne kannte, besteht die Welt von heute aus kollektiven Souveränen, wobei die Kollektive ihre Macht an Gremien delegiert haben, die – das zeigt die Erfahrung – zunehmend und schlussendlich nur noch eigene Interessen verfolgen.

<sup>24</sup>

*Zurück zum Autobeispiel: Wäre es nicht großartig, wenn Sie selbst entscheiden könnten, welches Auto Sie kaufen, welche Ausstattung dieses hat und welchen Preis Sie dafür zu zahlen bereit sind? Oder wenn Sie davon absehen können, überhaupt ein Auto zu kaufen? Es ist nämlich nicht so, dass die einzige Alternative zur demokratischen Wahl einer Regierung, die den Autotyp bestimmt, ein Diktator oder Monarch ist, der selbtherrlich und ohne gerichtliche Kontrolle ein Auto vorschreibt. Es gibt nicht nur die Alternativen*

*Mitbestimmung oder Fremdbestimmung. Selbstbestimmung ist auch eine Option.*

Warum sollte eine Gruppe anderer Menschen überhaupt darüber entscheiden, wie Sie Ihr Leben zu führen haben? Das gilt zumal, wenn Sie diese Menschen weder ausgesucht noch beauftragt haben, noch diese besonders befähigt sind. Sie könnten etwa der Auffassung sein, dass Sie das Recht haben, Ihr Leben und Ihre Lebensumstände so zu gestalten, wie Sie dies für richtig halten und, wenn Sie von anderen etwas wollen, dies auf der Basis freiwilligen Leistungstausches zu tun. Sie wollen nicht Mitbestimmung, sondern Selbstbestimmung. Daraus ergeben sich zwei allgemeine Prinzipien:

- *Erstens, dass derjenige, der anderen kein Leid zugefügt, Anrecht darauf hat, in Ruhe gelassen zu werden, auch von der Regierung oder der Mehrheit.*
- *Zweitens, dass die menschliche Interaktion auf freiwilliger Basis und nicht auf der Basis von Zwang stattfindet, auch in Großgruppen.*

Heutige Staaten können nicht nur keines der beiden Prinzipien garantieren, *sie basieren vielmehr auf der Verletzung derselben*: die Regierung setzt aufgrund ihres Gewaltmonopols das durch, was sie möchte und Sie müssen dafür bezahlen, ob Ihnen die Massnahme gefällt oder nicht. Das gilt auch für westliche Demokratien. Die Ablösung der Diktatur von Einzelnen durch die Diktatur von Partei-Oligarchien oder Mehrheiten ist sicher nicht das Ende der Geschichte. Freiheit <sup>25</sup> und auf Zwang gegründete Herrschaft sind nicht kompatibel. Ob diese Herrschaft demokratisch legitimiert ist oder nicht, spielt für diesen Befund keine Rolle. Freiheit bedarf der Freiwilligkeit.

Wer einem Staat zugehörig ist, muss nach herkömmlicher Auffassung dessen sämtliche Regeln befolgen, was immer die staatlichen Organe auch für Gesetze aufstellen oder ändern. Über Konfliktfälle entscheiden wiederum staatliche Gerichte. Diese Fremdbestimmung geht so weit, dass nicht einmal die Aufgabe der Staatsbürgerschaft daran etwas zu ändern vermag. Wer etwa aus Deutschland wegzieht, muss nicht nur eine Wegzugsteuer bezahlen, sondern ist für weitere zehn Jahre steuerpflichtig für Einkommen aus allen deutschen Vermögenswerten; selbst dann, wenn er die deutsche Staatsbürgerschaft aufgibt. <sup>26</sup> Auch bei Aufgabe der US-

Staatsbürgerschaft ist eine Wegzugssteuer fällig, hinzu kommt eine vierstellige „Bearbeitungsgebühr“ <sup>27</sup> . Frankreich, das seit Jahren steuerzahlende Staatsbürger in großer Anzahl verliert, legt Austrittswilligen bewusst bürokratische Hürden in den Weg:

*Eine gute Freundin, die länger als zehn Jahre mit einem Monegassen verheiratet war und in Monaco lebt, erhielt die monegassische Staatsbürgerschaft und wollte dafür die französische aufgeben. Sie musste dies eingehend begründen und wurde sogar vor eine Kommission zu einer Anhörung geladen, die sie schließlich aufforderte, vor allen Anwesenden ihren französischen Pass zu zerschneiden. Mit dieser weiteren Schikane war sie allerdings nicht mehr einverstanden, sie legte den Pass auf den Tisch und empfahl sich.*

Alle diese Vorgänge erinnern einen eher an das Freikaufen aus der Leibeigenschaft als die Beendigung einer Beziehung unter Gleichgestellten. Wohl gemerkt, wir reden in den genannten Beispielen von drei Staaten, die für sich in Anspruch nehmen, Hort der Freiheit zu sein. Kein Dienstleister behandelt seine Kunden so. Kündigt man, erhält man meist ein Schreiben, in dem die Vertragsbeendigung mit Bedauern bestätigt wird. Häufig wird gefragt, was der Grund sei, wo sich der Anbieter verbessern könne und dass man sich freue, wenn der Kunde wieder zurückkomme. Manchmal werden einem sogar verbesserte Konditionen angeboten, wenn man die Kündigung zurücknimmt. Dieses zivilisierte, kundenfreundliche Vorgehen sollten wir auf den Markt des Zusammenlebens übertragen. Wie kann das gelingen?

## SELBSTBESTIMMUNG

Unter Beachtung des Gewaltverzichts gegen andere hat jeder Mensch das Recht, sein Leben so zu führen, wie er das für richtig erachtet. <sup>28</sup> Diese Schlussfolgerung ist unumgänglich, wenn man langfristig ein friedliches Zusammenleben der Menschen erreichen möchte. Alles andere würde nämlich bedeuten, bestimmten Menschen oder der Mehrheit mehr Rechte als anderen zu geben. Da jeder mit seinen Handlungen Erfolg haben möchte, und dies nur möglich ist, wenn Dritte das nicht verhindern, muss er umgekehrt auch bereit sein, nicht in die Handlungen anderer einzugreifen. Das entspricht der *Goldenen Regel*, wonach man sich so verhalten soll, wie man es von